



Foto: image/Pro Sports

Weit gereister Gast legt Supermarkt lahm

Aldi-Mitarbeiter in Georgsmarienhütte von Spinne gebissen / Tier entwischte beim Auspacken von Bananenkisten

Jörg Sanders
und Michael Schwager

In Georgsmarienhütte-Oesede ist am Mittwochmittag ein Aldi-Mitarbeiter von einer Spinne gebissen worden. Die Spinnensuche wurde ergebnislos abgebrochen. Die Filiale bleibt vorerst geschlossen.

Gegen 14.40 Uhr hatte der Leiter der Filiale an der Straße Alte Seilerei Bananenkisten ausgepackt. Dabei wurde er möglicherweise von einer Spinne am Handgelenk gebissen, bestätigte Polizeisprecher Jannis Gervelmeyer auf Anfrage.

Polizei spricht von einer „ziemlich großen Spinne“

Es habe sich um eine „ziemlich große Spinne“ gehandelt. Noch ist unklar, welche Gattung es gewesen sein könnte. Allerdings gab der Polizeisprecher am späten Nachmittag eine „vorsichtige Entwarnung“: Da die Bananen aus Kolumbien stammten, handle es sich vermutlich nicht um die hochgiftige Bananenspinne, die primär in Brasilien beheimatet sei.

Mit dem Biss wurde offenbar kein Gift übertragen, der Mitarbeiter habe keine Symptome gezeigt, hieß es spä-



Die Feuerwehr ist auf der Suche nach der Spinne.

Fotos: NWM-TV

ter. „Es war wohl keine giftige Spinne“, so Gervelmeyer. Auch seien keine relevanten Bissmarken gefunden worden. Der gebissene Mitarbeiter wurde in ein Krankenhaus gebracht. Er sei ansprechbar, es gehe ihm „so weit gut“, so Gervelmeyer. Er blieb jedoch zunächst noch zur Beobachtung im Krankenhaus.

Nach einiger Zeit wurde die Suche nach dem Tier erfolglos abgebrochen. Wie es weitergehe, so die Polizei in Georgsmarienhütte, werde mit den zuständigen Behör-



Beim Umpacken der Bananenkisten ist der Aldi-Mitarbeiter von einer Spinne gebissen worden.

den wie Ordnungsamt und Veterinärbehörde abgeklärt. Die Filiale wurde kurz nach dem Vorfall geräumt.

Polizei und Feuerwehr waren am Ort. Ein hinzugezogener Spinnenexperte durchsuchte vor allem die

Obst- und Gemüseboxen nach dem Achtbeiner. Das Tier hatte sich jedoch so gut versteckt, dass es nicht gefunden wurde.

Neben dem Verkaufsraum wurde auch ein als Lager genutzter Nebenraum durchsucht, weil dorthin Verpackungsfolien aus den Bananenkisten gebracht worden sind. Doch auch dort tauchte die Spinne nicht auf, sodass am späten Nachmittag die Suche eingestellt wurde.

Weil die Filiale geschlossen sei, bestehe keine Gefahr für die Bevölkerung, versicherte der Polizeisprecher.

Die Spinne, so der hinzuge-rufene Experte, werde den Laden sicher nicht freiwillig nach draußen verlassen, weil die meisten südamerikanischen Gattungen Kälte und Zugluft nicht mögen.

Eine genaue Aussage über die Gattung sei nach der Beschreibung des attackierten Mitarbeiters nur schwer möglich, hieß es weiter.

Im Dezember und im März Vorfälle im Süden

Das Tier sei drei bis vier Zentimeter groß gewesen. Da aber nicht klar sei, ob es schon ausgewachsen sei, seien Rückschlüsse aufgrund der Größe kaum möglich.

Manchmal würden auch andere Spinnenarten mit Bananenkisten aus Südamerika nach Deutschland transportiert. Vertreter der Gattung „Cupiennius“ zum Beispiel sind für den Menschen deutlich harmloser, werden aber wegen der gleichen Reisegewohnheiten mit den entfernten, hochgiftigen Verwandten verwechselt.

Dass Spinnen aus Bananenkisten krabbeln, kommt immer mal wieder vor, auch dieses Jahr gab es bereits Vorfälle, so beispielsweise am 18. Dezember in Ludwigsburg oder im März im hessischen Lauterbach.

Angst vor einer sozialen Krise nach der Pandemie

OSNABRÜCK Auf die Corona-Krise darf keine soziale Krise folgen. So formuliert es die Diakonie Osnabrück in ihrem Neujahrsgruß. Das dritte Jahr unter Bedingungen der Pandemie sei mit vielen Ungewissheiten belastet. „Wir sorgen uns, dass vieles noch mehr und noch schwieriger wird, als es bislang gewesen ist.“ Omikron gebe der Sorge einen bedrohlichen Namen. Angesichts der Situation in vielen Entwicklungsländern könne man dankbar sein, in diesem Teil der Welt zu leben, in dem eine hohe Impfquote möglich sei. „Allerdings geht unser sorgenvoller Blick auch in Länder der südlichen Halbkugel. Denn auch das ist Diakonie: Wir blicken nicht nur auf uns und unser Land“, führt Friedemann Pannen, theologischer Geschäftsführer der Diakonie Osnabrück, aus. Dennoch blicke die Diakonie aber auch optimistisch in die Zukunft, heißt es in dem Schreiben weiter. Man freue sich auf neue Projekte, die strategische Weiterentwicklung des Unternehmens und die vielfältige Zusammenarbeit mit den Partnern zum Wohle der Klientinnen und Klienten.

NEUE OSNABRÜCKER OZ ZEITUNG

Abo-Service 0541 310-320
Ihre Redaktion
E-Mail: osnabruecker-land@noz.de
Sekretariat 0541 310-631
0541 310-837

Anzeigen 0541 310-310
Fax 310-790
E-Mail: anzeigen@noz.de

Wurden die OVG-Richter politisch kaltgestellt?

Nach dem Lüneburg-Eklat: Osnabrücker Jurist betont die Unabhängigkeit der Justiz

Dirk Fisser

OSNABRÜCK Ob die Richter des Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg politisch kaltgestellt worden sind, kurz nachdem sie so aufsehenerregende Urteile wie das Kippen der 2G-Regeln ausgesprochen hatten – diese Frage beschäftigt nun auch den Osnabrücker Juristen Gert Armin Neuhäuser.

Denn er ist Vorsitzender des Verbandes niedersächsischer Verwaltungsrichter, also ihr oberster Interessenvertreter im Land. Und Neuhäuser befasst sich am Verwaltungsgericht in Osnabrück selbst mit Corona-Themen, hat selbst schon die eine oder andere aufsehenerregende Entscheidung gefällt. Neuhäuser kennt die Fragen zu den Vorgängen am Oberverwaltungsgericht in Lüneburg bereits. Auch im privaten Umfeld hätten ihn jene erreicht.

Klare Ansage: Politik hat kein Mitspracherecht

„Ich kann nur ganz klar sagen: Eine politische Einflussnahme halte ich für ausgeschlossen“, betont Neuhäuser und verweist auf das Gerichtsverfassungsgesetz. Darin ist geregelt, dass ein Gerichtspräsidium die Zuständigkeiten an einem Gericht ordnet – kein Politiker und nicht einmal der Präsi-

dent des jeweiligen Gerichtes. „Da hat die Politik kein Mitspracherecht. Es gilt die Selbstverwaltung am Gericht.“

In Lüneburg wurde nun entschieden und kurz vor Weihnachten darüber informiert, dass ein neu geschaffener 14. Senat künftig Gesundheitsthemen bearbeitet. Vorsitzende wird die Richterin Regine Claassen. Recht lapidar wurde in der Mitteilung erklärt, dass der bislang zuständige 13. Senat am Richter Alexander Weichbrodt künftig nicht mehr über Corona-Fragen urteilt. Dabei hatten seine Entscheidungen bundesweit für Aufsehen gesorgt.

Etwa das 2G-Urteil, mit dem die Lüneburger Richter



Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg verteilt ab 2022 die Zuständigkeit für den Bereich Gesundheit neu. Damit würde die bislang zuständige 13. Kammer nicht mehr über die Rechtmäßigkeit von Corona-Verordnungen urteilen, sondern die neu geschaffene 14. Kammer.

Foto: Canva/Daniel Batel



Richter Gert Armin Neuhäuser.

Foto: Archiv/Detlev Heese

einen wichtigen Ankerstein der Pandemiestrategie der Landesregierung in Hannover kippten: Es sei nicht rechtens, den Zugang zu Geschäften auf Geimpfte und

Genesene zu beschränken, sagten die Richter. Aus dem Lager der Gegner der Corona-Maßnahmen wird nun über politischen Einfluss gemunkelt.

Aber es gibt auch Äußerungen in eine ganz andere Richtung: Weltärztepräsident Frank Ulrich Montgomery sprach abfällig von „Richterlein“. Verwaltungsrichter Neuhäuser hält Mutmaßungen zur Politik für unbegründet, die Aussage von Montgomery indes für „unsäglich dumm“.

Die Verwaltungsgerichte seien die einzige Instanz, die das Handeln des Staates juristisch überprüfe und von Verfassung wegen gehalten sei, „effektiven Rechtsschutz gegen belastende Akte der staatlichen Gewalt zu gewähren“. Neuhäuser betont: „Dies tun wir sorgfältig und umfassend – egal, wem das Ergebnis politisch passt.“

Warum dann die Neuverteilung in Lüneburg? War der 13. Senat nach fast zwei Jahren Pandemie überlastet? Interessenvertreter Neuhäuser will das nicht bewerten. Er blickt indes auf seine eigene Arbeit am Verwaltungsgericht Osnabrück, wo er die „Corona-Kammer“ leitet. „Ich kann hier nur für mich sprechen“, sagt Neuhäuser. „Aber die Belastung durch Verfahren im Zusammenhang mit Corona ist enorm. Einen solchen Arbeitsanfall habe ich in meiner langen Zeit in der Justiz noch nicht erlebt.“

Viele Drohungen und starker Druck

Hinzu komme der enorme Druck der Öffentlichkeit, mit dem man umgehen müsse. Neuhäuser verweist auf eine aufsehenerregende Entscheidung seiner Kammer, mit der die coronabedingte Schließung von Fitnessstudios für unwirksam erklärt wurde. Danach habe er die Zuschrift einer Intensivkrankenschwester erhalten, „die mir androhte, die Herz-Lungen-Maschine abzustellen, sollte ich bei ihr auf der Station landen“. Und das sei nur ein Beispiel von weiteren, so Neuhäuser zu Reaktionen.

Alle aktuellen Corona-Entwicklungen auf noz.de